

Niederschrift

über die 32. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

am **Mittwoch, 18. September 2019, 17:00 Uhr**

im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

19. September 2019

1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Matthias Nölke, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP

Stefan Markl, Mitglied, SPD

(Vertretung für Dr. Hasina Farouq)

Anja Möller, Mitglied, SPD

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Valentino Lipardi, Mitglied, CDU

Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)

Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne

Michael Werl, Mitglied, AfD

Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme

Magistrat

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung

Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Dr. Hasina Farouq, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD

Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

Gerd Walter, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Matthias Lohr, HNA

Tagesordnung:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Rettungseinrichtungen an Gewässern | 101.18.1374 |
| 2. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus | 101.18.1420 |
| 3. Vorstellung Konzept Videoüberwachung | 101.18.1430 |
| 4. Sicherheitskonzept Weihnachtsmarkt | 101.18.1431 |
| 5. Konzept zur Verringerung der Vermüllung | 101.18.1432 |

1. stellvertretender Vorsitzender Nölke eröffnet die mit der Einladung vom 11. September 2019 ordnungsgemäß einberufene 32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 von 6

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Lipardi, CDU-Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte

1. Rettungseinrichtungen an Gewässern – 101.18.1374 –,
3. Vorstellung Konzept Videoüberwachung – 101.18.1430 –,
4. Sicherheitskonzept Weihnachtsmarkt – 101.18.1431 und
5. Konzept zur Verringerung der Vermüllung – 101.18.1432 –

wegen entschuldigter Abwesenheit des Berichterstatters der CDU-Fraktion abzusetzen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

1. stellvertretender Vorsitzender Nölke stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

- 1. Rettungseinrichtungen an Gewässern**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1374 -

Abgesetzt

- 2. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1420 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. Diese sicherheitspolitische Herausforderung übersteigt die Gefährdungen durch organisierte Kriminalität und islamistischen Extremismus. Rassistische Hetze, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche Vertreter*innen sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Rechtsextreme Netzwerke gefährden Leib und Leben von Bürger*innen und wollen den demokratischen Staat, seine Vertreter*innen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des rechten Terrors ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch den Bürger*innen ist diese Gefährdungslage mit den NSU Morden und dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher jährlich über die aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden und befassete Beratungsstellen wie das Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

Stadtverordneter Sprafke, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, ändert im Einvernehmen mit den Antrag stellenden Fraktionen und des Stadtverordneten Ernst den gemeinsamen Antrag und streicht den 2. Satz im 1. Absatz.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. Rassistische Hetze, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche Vertreter*innen sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Rechtsextreme Netzwerke gefährden Leib und Leben von Bürger*innen und wollen den demokratischen Staat, seine Vertreter*innen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des rechten Terrors ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch den Bürger*innen ist diese Gefährdungslage mit den NSU Morden und dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher jährlich über die aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige

Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden und befaste Beratungsstellen wie das Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

4 von 6

Stadtverordneter Beig, Fraktion B90/Grüne, beantragt die absatzweise Abstimmung des geänderten gemeinsamen Antrages.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten
Ablehnung: AfD
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des geänderten Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten
Ablehnung: AfD
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des geänderten Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten
Ablehnung: AfD
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 3 des geänderten Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Extremismus, Gewalt und Terrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. **Hetze**, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche **Vertreter** sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Extremistische Netzwerke politischer wie religiöser Natur gefährden Leib und Leben von **Bürgern** und wollen den demokratischen Staat, seine **Vertreter** und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des **Terrors** ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch **Bürgern** ist diese Gefährdungslage mit den NSU-Morden, dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke **sowie die anhaltend hohe Bedrohungslage durch islamistische bzw. salafistische Gefährder** noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher **vierteljährlich** über die aktuelle Gefährdungslage durch extremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden **wie bspw. das hessische Landesamt für Verfassungsschutz** in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

6 von 6

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Sprafke

3. Vorstellung Konzept Videoüberwachung

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1430 -

Abgesetzt

4. Sicherheitskonzept Weihnachtsmarkt

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1431 -

Abgesetzt

5. Konzept zur Verringerung der Vermüllung

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1432 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17:29 Uhr

Matthias Nölke
1. stellvertretender Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin